

Auf der Suche nach
einer Integrationsdoktrin

Polen war immer schon Europa

Janusz Sepiół

Bei Betrachtung des polnischen Zugangs zur europäischen Integration lassen sich unterschiedliche Phasen festmachen. Die erste ließe sich als Faszination des symbolischen Europas beschreiben. Als die alte Weltordnung kippte, wurde Europa von den Polen als ein nicht näher definiertes historisch-geistiges Gebilde wahrgenommen, dessen Bestandteil wir seit Jahrhunderten waren, von dem wir allerdings brutal abgekoppelt wurden – abgekoppelt durch Asien, das europäische Negativ. Ermöglicht wurde diese Abkoppelung erst durch den Verrat des Westens (Jalta), aber danach waren es die Polen, die den Prozess der Auflösung des „Reiches des Bösen“ in Gang gesetzt haben. Eine derartige Reintegration in Europa wurde in dieser Fassung als ausgleichende Gerechtigkeit der Geschichte verstanden und in gewisser Weise auch als natürlicher Prozess, frei nach dem Motto: „Wir müssen nicht zurück nach Europa, wir waren immer schon da.“ Einzelheiten waren da eher weniger interessant. Die vorherrschende Meinung war, dass der Annäherungsprozess an die Länder der Union – und damit verbunden politische Stabilität und Anstieg des Wohlstandes – eindeutig und unabwendbar sei.

Ideologische Auseinandersetzungen waren für die zweite Phase kennzeichnend, als vor allem das politische Umfeld der so genannten „laizistischen Linken“ beschloss, den „Gang nach Europa“ als Abrechnung mit dem politischen Gegner zu verwenden. Die Werte und Traditionen jenes Lagers wurden als kompromit-

tierend, außerhalb des europäischen Rahmens, nicht integrationsfördernd und als Rückschritt bezeichnet. Die leuchtenden europäischen Strukturen sollten die polnische Finsternis vertreiben. Die europäische Integration stand für Toleranz und Pluralismus, gegen Nationalismus und Fundamentalismus. In diesem Kulturdiskurs wurden nicht wenige unsinnige Argumente vorgebracht, die bis heute die öffentliche Diskussion über eine polnische Integrationsdoktrin vergiften und sich paradoxerweise einer unveränderten Vitalität erfreuen.

Diese anfänglich weltanschauliche Auseinandersetzung wurde allmählich von den Parteien instrumentalisiert. Die postkommunistische Linke, die bereits zweimal die Verantwortung für die Aufnahmeverhandlungen innehatte, machte am meisten Gebrauch davon. Von einer Gruppierung, die von der öffentlichen Meinung anfangs als postsowjetisch-antwestlich (geradezu als KGB-Ableger) wahrgenommen wurde, wandelte sie sich zu einer Partei lautstarker Euroenthusiasten.

Die größte Unterstützung für die europäische Integration lässt sich aber bei den Zentrumsparteien, vornehmlich liberaler beziehungsweise Mitte-rechts-Provenienz, feststellen: bei der Unia Wolności (Freiheitsunion) und – zum jetzigen Zeitpunkt – bei der Platforma Obywatelska (Bürger-Plattform). Hier dominiert der sachliche Diskurs (Eurorealisten) auf technischer Ebene. Die Botschaft an die Gesellschaft lautet: „Hier

handelt es sich um komplexe Angelegenheiten, die von unseren kompetenten Fachleuten (Eurokraten) in Angriff genommen werden sollten.“

Die rechten Lager befanden sich in einer verzwickten Lage, mussten sie doch ihre distanzierte Haltung zu Europa erklären und diese Vorbehalte mit dem Standpunkt einer allgemeinen Zustimmung ausgleichen. Als nach 2001 mit der Liga Polskich Rodzin (Liga der polnischen Familien) eine rechtsfundamentale Partei mit eindeutig antieuropäischem Kurs die politische Bühne betrat, verstärkte sich diese Tendenz noch zusätzlich.

Neuer Abschnitt im Diskurs

Die gegenwärtige Situation kann als Phase bezeichnet werden, in der die Union als Feld diverser politischer und Interessenkonflikte vor – im Wesentlichen – nationalstaatlichem Hintergrund erkannt wird. Es handelt sich also um einen neuen Abschnitt im öffentlichen Diskurs: nach dem symbolischen, ideologischen, technokratischen nun das politische Europa.

Das Umfeld der Beitrittsverhandlungen und die Ereignisse der letzten Monate bestätigten die Ahnungen um die Bedeutung nationaler Interessenkonflikte in vollem Umfang, um nicht zu sagen in voller Härte.

Recht unterschiedlich ist daher der Tonfall, der von polnischen Politikern zum Thema Union zu vernehmen ist. Allerdings ist auch für jene, die von der historischen Zugehörigkeit Polens zu Europa überzeugt sind und die sich nicht mit technischen oder weltanschaulichen Fragen aufhalten wollen, unbestritten, dass Polen eine Integrationsdoktrin benötigt. Darunter versteht man einen konkreten Entwurf auf die Frage, wie eine EU-Mitgliedschaft langfristig die nationalen Interessen Polens fördern könne. Die diversen Parteien sind sich darüber einig, dass ein Beitritt weitreichende und unumkehrbare

Folgenzeitigen wird, wenn auch nicht klar ist, welche. Das Fehlen einer Integrationsdoktrin bewirkt die derzeitige Grundstimmung des „Eurofatalismus“, die sich mit Formeln wie: „Alle treten bei, da müssen wir auch, außerdem gibt’s sowieso keine Alternative“ (oder: „Der Staat ist schwach und kann einen Aufschwung aus eigener Kraft nicht schaffen, vielleicht ist die Union das Allheilmittel“) fassen lässt. Es ist zu befürchten, dass diese passive Haltung die Hauptmotivation für eine Zustimmung bei der Beitrittsvolksabstimmung sein wird.

Dabei formuliert die europäische Integration für die polnische Politik die Kernfrage: Was für eine Union kann unseren Zielen am ehesten gerecht werden? Schließlich übernehmen wir in Kürze Mitverantwortung für deren Gestalt.

Der Beitritt Polens zur EU kann nicht die Entbindung der politischen Klasse des Landes von der Verantwortung für das Staatswohl bedeuten. Lange hat die polnische Politik zwei strategische Ziele verfolgt: die Mitgliedschaft in der NATO und der EU. Sie wurden wie das Ansegeln eines sicheren Hafens gewertet. Mittlerweile ist klar geworden, dass die doppelte Mitgliedschaft kein „Ende der Geschichte“ bedeutet, sondern viel eher eine enorme Herausforderung für die polnische Europapolitik, die darin besteht, ihre 27 eigenen und die Stimmen der mitteleuropäischen Verbündeten im Europäischen Rat wirksam einzusetzen. Ein Polen, das fest in der Union verankert ist, ist in der Lage, in Richtung Ost und Südost zu wirken, und dies nicht nur aus eigener Energie, sondern mit Größe und Macht der Union im Rücken – neue Chancen für die Ostpolitik Polens.

Polen strebt durch die Integration zumindest drei erwünschte Szenarien an:

Erstens eine Modernisierungsbeschleunigung für Staat und Wirtschaft durch die erzwungene Acquis-communautaire-Adaptierung und durch Strukturhilfen.

Zweitens begünstigen das Abgehen vom sowjetischen Modell des allmächtigen Staates und die Dezentralisierung die Förderung von Aktivitäten lokaler Gemeinschaften nach dem Subsidiaritätsprinzip sowie von NGO-Initiativen. Die gebietskörperschaftlichen Reformen und der Start eines Regionalentwicklungsprogramms in einem dezentralisierten System sind erste Effekte der Beitrittsvorbereitungen. Die Aussicht einer Etablierung der Strukturfonds war einer der Hauptgründe für die gebietskörperschaftlichen Reformen von 1998. Hier handelt es sich um weit reichende Veränderungen, zu denen auch die Entstehung regionaler Identitäten und Interessengemeinschaften zählt.

Drittens ermöglicht die europäische Integration Polen vor allem nach der Annahme des Traktates von Nizza schlussendlich eine neue Existenz auf der europäischen Bühne – sowohl innerhalb der 15 als auch innerhalb der Visegrád-Staaten. Außerdem eröffnet sie neue Perspektiven für Aktivitäten in den traditionellen wirtschaftlichen und kulturellen Einflussgebieten Polens.

Integration als Mittel

Diese Aspekte sind deshalb zu betonen, weil in den zahlreichen Integrationsdiskussionen die Integration als Ziel polnischer Außenpolitik definiert wird – wo sie doch Mittel, nicht (außenpolitischer) Zweck ist. Das oben Genannte sind konkrete polnische Interessen, die es mittels der europäischen Integration zu realisieren gilt. Doch muss auch die Frage gestellt werden, ob Polen in der Lage ist, etwas einzubringen, was der Gemeinschaft dienlich wäre. Eine Antwort auf diese Frage sollte sich um drei Kernpunkte drehen:

Zum einen ist sicher, dass Polen die europäische Ostpolitik um einige Aspekte bereichern wird. Diese werden sein: die Aufrechterhaltung der Beziehung zu

den östlichen Nachbarländern, damit nicht eine neue hohe Barriere an der Ostgrenze der Union entsteht, und die Vertretung und Unterstützung ukrainischer – und vielleicht weißrussischer – Interessen. Zudem muss jemand in der Lage sein, den europäischen Partnern gegenüber ermahnend aufzutreten, wenn von zweierlei Standards und Kriterien bei der Bewertung der östlichen Nachbarn ausgegangen wird (Putin gegenüber wird der Völkermord in Tschetschenien nicht erwähnt, während man Kutschma den Verdacht stiller Mitbeteiligung an der Ermordung eines Journalisten vorwirft).

Zum anderen hat Polen, das schließlich kein Produkt des Zerfalls des sowjetischen Imperiums ist, sondern ein Land mit einem stark entwickelten Willen zu einer eigenständigen nationalen Existenz, mit Selbstvertrauen und dem Mut zu schwierigen Entscheidungen die Chance, der europäischen Idee einen verstärkten Auftrieb zu geben. Gegenwärtig findet sich Europa mit einem geopolitischen Bedeutungsverlust ab, statt seine Präsenz auf globaler Ebene zu betonen. Polen wird ein Partner für jene sein, die sich um das Abstecken neuer großer Ziele für Europa bemühen. Schließlich wird Polen – der „trojanische Esel“, wie eine Beleidigung lautete – als anti-anti-amerikanische Kraft auftreten und sich gegen sämtliche Versuche stellen, den atlantischen Konflikt zu verschärfen.

Schlussendlich ein Paradox, aber ein eigener Wert, der für die Polen als Unionsbürger spricht: ihr tief greifender Skeptizismus gegenüber der Kompetenz ihres Nationalstaates. Dieser bewirkt eine hohe Bereitschaft zu Verzicht auf Vorrechte des eigenen Staates zu Gunsten anderer Institutionen. Der Pole identifiziert sich über die Nation, nicht über den Staat. In den kurzen Intervallen, als der Staat und dessen Institutionen unabhängig funktionieren konnten, gelang es nicht, den Staatsbürger zu überzeugen, dass die

Institution Staat ein bedeutendes, ja unabdingbares Instrumentarium zur Wahrung staatsbürgerlicher Interessen sei. Die Polen erhoffen sich nicht viel von ihrem Staat und zählen nicht auf ihn. Das Vertrauen auf externe Institutionen, auch jene der Union, ist unverhältnismäßig höher als jenes auf landeseigene. Unter diesen Voraussetzungen darf man vermuten, dass die Polen Befürworter des Kompetenztransfers von nationalstaatlicher Ebene zu Gunsten der europäischen Institutionen sein werden.

Stark im Gespräch ist auch die Einbringung christlicher Werte seitens der Polen. Es ist schwer vorzustellen, wie so etwas vonstatten gehen sollte. Dergleichen müsste weniger von Missionaren als viel eher von Politikern vollbracht werden. Es sind Zweifel daran erlaubt, dass Polen derzeit über christliche Politiker von solchem internationalen Format und mit solchen Einflussmöglichkeiten verfügt.

Der Beitritt Polens erfolgt unter Bedingungen, die aus der Sicht der Phase vor den Beitrittsverhandlungen schwierig erscheinen. In gewisser Hinsicht hat sich die Prognose von Tony Judt bewahrheitet, der in seinem Werk *A Grand Illusion? An Essay on Europe*, New York 1996, meinte: „Die ehemals kommunistischen Länder werden nie auf gleichem Niveau der Union beitreten können. Ganz im Gegenteil – ohne Rücksicht darauf, wie unangenehm das klingen mag: Unter den vorhersehbaren Bedingungen stellt die Eingliederung der östlichen Länder in die Union in wirtschaftlicher Hinsicht einen Gnadenakt dar.“

Eine besondere Bestätigung erfahren diese Worte bei einem Vergleich mit den bisherigen Erweiterungen. Als finanzschwächere Länder der Union beitraten (Griechenland, Portugal und Spanien), wurde ein spezielles Instrument für deren

Entwicklungsbedarf geschaffen – der Kohäsionsfonds. Als die skandinavischen Länder beigetreten sind, wurden für sie neue Ziele der Strukturpolitik entwickelt – die Hilfe für schwach entwickelte Regionen. Beim Beitritt der Gruppe der postkommunistischen Länder konnten keine neuen Finanzierungsinstrumente oder strukturpolitischen Ziele gefunden werden, und dabei geht es hier um die Nivellierung von Disproportionen in einem Ausmaß, wie es die Union bis dato nicht kannte. Erstaunlich ist, dass bei der Projektauswahl aus dem Kohäsionsfonds kaum Visegrád-Projekte (gemeinhin wurden so Infrastrukturmaßnahmen bezeichnet, die auf die Integration dieses Bereiches abzielten) zu finden sind. Ein Beispiel: Sämtliche größeren Projekte in Polen zielen auf Transportverbesserungen auf der Ost-West-Achse und eine einwandfreie Anbindung an die Hauptstadt ab. Selbstverständlich drängt sich die Frage auf, ob das auf objektive Prioritäten zurückzuführen ist oder auf die Unfähigkeit der Projektkoordination in der Visegrád-Gruppe.

Polen steht jetzt knapp vor dem EU-Beitritt. Zuvor wurde lange gewartet, eigentlich schon seit dem Solidarność-Streik 1980 in Danzig. 25 Jahre – das ist eine Generation. Nach so vielen Jahren kann man schwerlich Enthusiasmus erwarten. Gleichzeitig steht der Beitritt in eine EU bevor, die große innere Spannungen und intensive Veränderungen durchlebt und weit entfernt ist von unserem faszinierenden Bild des symbolischen Europas. Ein klares Abwägen von Pro und Contra der Chancen, Möglichkeiten und Risiken für die Nation lässt allerdings nicht den geringsten Zweifel am Sinn dieser Entscheidung aufkommen. Zahlreiche Anzeichen sprechen dafür, dass dies auch für die Länder der Union eine gute Entscheidung werden wird.